

Antrag 7/I/2021

SPD-Bezirk Weser-Ems

Der Landesparteitag möge beschließen:

Deutschland muss sein Grundwasser besser schützen – jetzt handeln – Strafzahlungen vermeiden!

- 1 EU-Kommission und Deutschland sind wegen der ansteigenden Nitratwerte im Boden und im Wasser seit
2 Jahren im Streit. Im Juni 2018 hatte der EuGH Deutschland nach einer Klage der Behörde schon einmal
3 verurteilt. Der Bund und die Länder haben über Jahre hinweg zu wenig gegen Überdüngung mit Gülle und
4 Verunreinigung des Grundwassers durch Nitrat unternommen, so der EuGH. Dies verstoße gegen EuGH-
5 Recht.
- 6 Trotz der verschärften deutschen Düngeregeln aus dem Jahr 2017, hat Deutschland aus Sicht der EU- Kom-
7 mission die Regeln nicht ausreichend verschärft. Jetzt wurde eine letzte Frist gesetzt, in der die notwendige
8 Anpassung von der EU von Deutschland innerhalb von 2 Monaten gefordert wird. Nach diesen 2 Monaten
9 drohen Strafzahlungen von bis zu 850.000 Euro pro Tag.
- 10 Vor diesem Hintergrund fordert der SPD-Parteitag,
- 11 • dass die SPD-Fraktion die zeitgerechte Umsetzung der Anpassung der Düngeregeln durch das nieders.
12 Landwirtschaftsministerium fordert und damit Strafzahlungen vermieden werden,
 - 13 • die Umsetzung der Düngemittelgrenzen in den überdüngten Gebieten Niedersachsens (rote Karte-
14 Flächen) um mindestens 20 %,
 - 15 • einen verbesserten Fließgewässer- und Oberflächenwasserschutz,
 - 16 • Reduzierung der Viehdichte in den „roten Gebieten“;
 - 17 • Schaffung von Lagerkapazitäten und die Weiterverarbeitung zu Feststoffdünger statt Ausbringung in
18 den „roten Gebieten“.
- 19

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Regierungshandeln auf Landesebene